

Textilarbeiter-Zeitung

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Verlag: C. M. Schiffer, Düsseldorf, Konfordiastraße 7. Druck und Versand Joh. van Aken, Cresfeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 4692.

Schriftleitung: Düsseldorf, Konfordiastraße Nr. 7. Fernruf Nr. 4423. Telegramme: Textilverband Düsseldorf.

Preisregulierung und Verteilung der Lebensmittel.

In letzter Zeit haben sich des öfteren Stimmen gegen die Festsetzung von Höchstpreisen für die wichtigsten Nahrungsmittel erhoben. Insbesondere war es der frühere Sozialdemokrat Calwer, der gegen die Höchstpreispolitik ins Feld zog. Er wollte das Hauptgewicht auf die Steigerung der Erzeugung von Lebensmitteln gelegt wissen und vertrat den Standpunkt, Höchstpreise wirkten hemmend auf diese und seien darum schädlich; man müsse den Preisen freien Lauf lassen, hohe Preise seien ein Anreiz zur Produktionssteigerung. Den ärmsten Schichten der Bevölkerung, denen zur Bezahlung der geforderten Preise die Mittel fehlten, müsse durch staatliche oder kommunale Unterstützung unter die Arme gegriffen werden. Diesen

gegen die Höchstpreispolitik der Regierung sich wendenden Ansichten Calwers ist denn auch von den verschiedensten Seiten entschieden widersprochen worden. Jüngst noch erschien im halbamtlichen „Nachrichtendienst für Ernährungsfragen“ eine Auslassung die die Calwer'sche Theorie treffend wie folgt widerlegte:

„Lasse man die Preise frei steigen, so sei der Preisforderer der Anbieter keine Grenze gesetzt, umso mehr, als die steigende Preistendenz sich notwendig durch den Angstbedarf der Käufer verschärfen würde. Damit aber ergebe sich eine weitere Steigerung der Löhne und der sonstigen Gesehungs-kosten, wodurch der hohe Preis keine Strafe als Anreiz der Erzeugung wieder einbüßen würde. Zudem würde die freie Preisbewegung eine Marktentwicklung schaffen, die die geregelte Produktion und Disposition im landwirtschaftlichen Betrieb unmöglich machen würde; denn der landwirtschaftliche Betrieb verlange klare, übersichtliche Preisverhältnisse, die er als feste Größe in Rechnung stellen kann, weil die landwirtschaftliche Erzeugung als naturbedingte und damit langfristige, den Wellenschlag der Marktkonjunktur als stark flüchtiges Moment empfindet, da sie es ja nicht in der Hand hat, der jeweiligen Konjunktur entsprechend die Disposition in der Erzeugung zu ändern. Vor allem aber: stärken denn wirklich frei sich bewegende Preise unter allen Umständen die landwirtschaftliche Erzeugung? Das ist ein Irrtum: „War die Wirkung unserer hohen Rindviehpreise etwa Steigerung der Rindviehaufzucht? Keine Spur davon; aus dem ganzen Lande kamen einmütige Klagen darüber, daß die hohen Preise das Vieh aus dem Stalle, die letzte Milchkuh und das letzte Zuchtstier, lockten. Genau dasselbe wird aus Italien, Frankreich und Rußland gemeldet. Ueber diese Wirkung freier Preisbewegung kann man nach unseren Erfahrungen also auch nicht einen Augenblick im Zweifel sein. Ohne Zweifel wäre eine freie Preisbewegung, die natürlich zu Phantasiapreisen führen würde, nach Lage der Dinge ein Anreiz, sogar das unentbehrliche Saatgut auf den Markt zu bringen und dem Verbrauch zuzuführen. Gegenüber der Calwer'schen These von der produktionssteigernden Wirkung freier und d. h. in diesem Falle stark steigender Preisentwicklung stellen wir fest: die freie stark steigende Preisentwicklung hat Keimung, die Grundlagen unserer Nahrungswirtschaft, nämlich das landwirtschaftliche Erzeugungs-kapital, soweit technisch möglich, in Verbrauchsform überzuführen, mit anderen Worten, den landwirtschaftlichen Betrieb teilweise zu liquidieren, damit unsere Nahrungswirtschaft zu Fall zu bringen.“

Dem kann man nur zustimmen. Ergänzend möchten wir noch bemerken, daß zu hohe Preise auch geeignet sind, die Bequemlichkeit zu steigern und den Landwirt schließlich verleiten, weniger fruchtbare Böden unausgenutzt zu lassen.

Wenn etwas gegen die Höchstpreispolitik der Regierung einzuwenden ist, dann lediglich, daß sie so spät kam; daß sie erst kam, als die Preise bereits eine Höhe erreicht hatten, die weit über die Gesehungs-kosten hinausgingen und eine Rückkehr zu normalen, selbstverständlich unter Berücksichtigung der Kriegsverhältnisse normalen Preisen kaum mehr möglich war. Die Befürchtung, daß die festgesetzten Höchstpreise für die Erzeuger nicht auskömmlich genug sein und zu einer Einschränkung der Erzeugung führen könnten, braucht man bei dem Einfluß, den die landwirtschaftlichen Kreise in Deutschland besitzen, wirklich nicht zu hegen.

Wir müssen also an der Preisregulierung unbedingt festhalten. Von mindestens ebenso großer Bedeutung ist aber auch

die Frage einer gerechten Verteilung der Lebensmittel.

Mit Recht schreibt die „Frankf. Ztg.“, es sei zu wünschen, daß die Aufgabe der gleichmäßigen Verteilung immer mehr in ihrer gewaltigen, auch psychologischen Bedeutung erkannt werde.

„Daß die Schwierigkeiten groß sind, soll gewiß nicht geleugnet werden, aber sie entbinden nicht von der Pflicht. Das muß immer wieder gesagt werden. Beim Brot ist die Aufgabe im großen Ganzen gelungen; die Verteilung von Butter und Fett liegt trotz der starken noch vielfach sehr im argen, obwohl doch z. B. das Dresdener Beispiel, aber das wir kürzlich ausführlich berichtet haben, einen Weg für eine wirklich gleichmäßige Verteilung zeigt, auf dem auch die ärgerliche, vielen Frauen eine Menge kostbarer Arbeitsstunden raubende Lagerung der Butterläden vermieden werden könnte; und über die Verteilung der anderen Nahrungsmittel entscheidet noch immer zu einem großen Teile das Portemonnaie, hier und da gemildert durch Volksküchen und städtische Verkaufsstellen, die aber dann in der Regel nur den Unbemittelten zu gute kommen und den Mittelstand auslassen, der es doch auch oft sehr nötig hätte. Von der spartanischen Suppe sind wir noch sehr weit entfernt. Und wenn man hört, daß manche Familien, die es sich leisten können, Vorräte wie für einen kleinen Lebensmittelladen aufgespeichert haben, so wird das nur dadurch noch erfreulicher. Die notwendigen Einschränkungen sollen alle gleichmäßig treffen; ist dafür gesorgt, dann wird uns der ganze Anhangsgeruch niemals etwas anhaben, auch wenn der Krieg noch so lange dauert.“

Also nochmals: Eine gerechte Verteilung der Lebensmittel müssen wir haben. Sie herbeizuführen, ist in erster Linie Sache der Gemeinden. Sie haben die Möglichkeit, die Rationierung durchzuführen; sie können vor allem auch die von ihnen beschafften billigeren Lebensmittel durch Ausgabe von Bezugskarten oder Scheinen in erster Linie den minderbemittelten Schichten der Bevölkerung überlassen.

Soll die Verteilung aber wirklich eine gerechte und gleichmäßige sein, dann darf sich die Rationierung nicht nur auf die Städte beschränken,

auch das Land muß von ihr erfasst werden.

Mit Recht sagt Prof. Paul Elzbacher in Nr. 25 der „Sozialen Praxis“:

„Ungleich wichtiger als eine richtige Verteilung der Nahrungsmittel zwischen Reich und Arm ist ihre richtige Verteilung zwischen Stadt und Land. Nach der Zählung von 1910 wohnten von den 65 Millionen Menschen, die damals das Deutsche Reich hatte, 33 Millionen in Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern, 32 Millionen in größeren Gemeinden. Wenn in einer Stadt von 300000 Einwohnern 10000 Wohlhabende zuviel essen, ist dies für die 290000 Unbemittelten ziemlich bedeutungslos. Wenn dagegen 33 Millionen Menschen mehr als nötig essen, so muß bei den 32 Millionen in den größeren Städten notwendig Mangel die Folge sein.“

Bei der Untersuchung der Frage, ob denn wirklich diese Ungleichmäßigkeit der Nahrungsmittelverteilung besteht, kommt Prof. Elzbacher zu der Feststellung, daß der Landwirt zunächst einmal seinen eigenen Bedarf sicherstellt. Als unangenehme Seite der Höchstpreise bezeichnet er, daß der Bauer in diesem Bestreben sogar bestärkt wird. Zum anderen hat die Landbevölkerung aber auch mehr als sonst Mittel zum guten Leben. „Aus den Berichten ländlicher Kreditgenossenschaften geht hervor, daß ihnen während des Krieges viel größere Summen zufließen als in der vorausgegangenen Friedenszeit. Hat der Landwirt aber reichlich Geld, so fällt für ihn ein Antriebsfort, seine Erzeugnisse zu verkaufen, und er wird infolgedessen besser leben. Hierher gehört ganz besonders der reichliche Genuß von Schweinefleisch.“ Das ergibt sich aus folgender Ueberlegung: Die Verminderung des Schweinebestandes betrug nur etwa 20 v. H. Die Zufuhr von Schweinen und Schweinefleischwaren nach den größeren Städten hat sich viel mehr vermindert. Weniger die Gewichtsverringerung oder die Bedürfnisse des Heeres als vielmehr der stärkere Fleischverzehr der Landbevölkerung sind die Ursache. Schließlich werden die Städte noch durch Mästung der Schweine zum größten Teil mit Stoffen, die zur menschlichen Ernährung geeignet sind, und von dem die Hälfte im Schwine verloren geht, benachteiligt.

Diese Feststellungen Elzbachers sind durchaus zutreffend. Berichte von Kollegen aus ländlichen Orten

haben uns mehr wie einmal dasselbe gesagt. Schließlich ist es aber auf die Dauer ein unhaltbarer Zustand, daß die Einen, die an der Quelle sitzen, im Ueberfluß haben, während die Andern an Unterernährung leiden. Darum können wir die Forderung, die Rationierung auch auf das platte Land auszu dehnen, nicht kräftig genug unterstützen.

Erreichen wir so neben einer vernünftigen Preisregulierung auch eine gerechte und gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel, dann wird das zweifellos die Stimmung in den breiten Massen der Bevölkerung günstig beeinflussen und auch den unteren Volksschichten das Durchhalten wesentlich erleichtern.

Zur Erwerbslosenfürsorge.

1. Ausbau der Fürsorge in Augsburg.

Ein neuerdings gefaßter Beschluß des Stadtmagistrats schafft die statutarische Möglichkeit auch Nebenbetriebe der Textilindustrie oder sonstige von den Kriegsmassnahmen der Heeresverwaltung hinsichtlich der Beschlagsnahme und der Produktionsregelung in der Textilindustrie betroffenen Betriebe in die Fürsorge einzubeziehen. Auf Grund dessen wird die Unterstellung der in der Papierhülfsindustrie und in der Wollhutfabrikation beschäftigten Arbeiter unter die Fürsorge angestrebt.

Von der reichsgesetzlichen Familienunterstützung wurde bisher ein Drittel auf die Erwerbslosenunterstützung angerechnet. Die Textilarbeiterverbände hatten nun in einer Eingabe beantragt, die Anrechnung ganz zu unterlassen. Dem ist nun stattgegeben worden; die reichsgesetzliche Familienunterstützung wird in Zukunft neben der Erwerbslosenunterstützung voll ausbezahlt. Das ist ein netter Erfolg, zumal die angerechneten Summen sich im November 1915 auf 4973 M., im Dezember 1915 auf 7892 M. und im Januar 1916 auf 9694 Mark beliefen. In Zukunft kommen diese Summen den in der Textilindustrie beschäftigten Kriegerfrauen zugute.

Für die Textilarbeiterinnen sollen ohne Anwendung eines Zwanges Lehrgänge für Kochen, Sticken und Nähen, sowie für Volksgesundheits- und Säuglingspflege eingeführt werden, um ihnen Gelegenheit zu bieten, die durch die Erwerbslosigkeit oder Erwerbsbeschränkung entfallende freie Zeit nützlich zu verwenden. Den Arbeiterinnen kann auch unsererseits nur wärmstens empfohlen werden, von dieser Gelegenheit ausgiebigen Gebrauch zu machen.

Um den beschäftigungslosen Textilarbeitern Arbeit am Orte zu verschaffen, ist die Stadtverwaltung mit dem Deutschen Tabakverein in Verhandlungen getreten, zwecks Einrichtung einer Nebenanlage des Tabakgewerbes in Augsburg. Ein Resultat ist noch nicht erzielt. Viel ist hiervon u. G. auch nicht zu erhoffen, aus Gründen, die wir früher schon angeführt haben. Wichtiger und wohl auch erfolgreicher erscheinen uns die Bestrebungen, die Beschaffung mechanischer Massenarbeit aus dem Gebiete der militärischen Rüstungsindustrie für Augsburg zu erwirken. — Endlich ist die Stadtverwaltung auch bemüht, einen erhöhten Reichs- und Staatszuschuß zur Erwerbslosenfürsorge zu erhalten. Da die Textilindustrie das Hauptgewerbe Augsburgs bildet und dadurch eine besondere Belastung gegeben ist, dürften diese Bemühungen wohl Erfolg haben.

2. Die Fürsorge in den Stadtgemeinden Summersbach (Reg.-Bez. Köln), Gersfeld (Hessen-Nassau) und Biersen (Rheinland).

Summersbach hat die Erwerbslosenfürsorge nach dem Aachener System gestaltet. Nur die Grundlöhne der Krankentasse sind etwas anders geregelt. Es bestehen sechs Klassen zu 1,50 M., 2,— M. und dann je eine Mark mehr bis zu 6,— M. Dadurch tritt gegenüber den Unterstützungen in Aachen eine Verschiebung ein. Im übrigen aber stimmen sowohl die Unterstützungsberechnung als auch die sonstigen Bestimmungen mit dem Aachener Reglement überein, so daß wir auf eine Wieder-gabe verzichten können.

Die Stadt Gersfeld hat eine Unterstützungsordnung geschaffen, deren wichtigste Bestimmungen wie folgt lauten: Die Arbeiter werden von ihrem bisherigen Arbeitgeber in den Listen weitergeführt. Soweit sie noch eine andere

weite Beschäftigung außerhalb der Textilindustrie erlangen, haben sie von dieser Nebenbeschäftigung und dem darin erzielten Arbeitsverdienst ihrem bisherigen Arbeitgeber zugleich Meldung zu machen. Die Rechte der Versicherten an die Kranken-, Alters-, Invaliden-, Angestellten- und Unfallversicherung bleiben gewahrt. Die Beiträge zu den Versicherungen werden von den Arbeitgebern für die in ihren Rissen geführten Arbeitnehmer weiter anteilig geleistet; der Anteil der Versicherten wird bei Auszahlung der Fürsorgeunterstützung in Abzug gebracht.

Die Leistungen der Sonderfürsorge sollen betragen:

- 1. für Unberheiratete oder 2 Eheleute die arbeiten oder Witwen ohne Kinder 80%
 - 2. für Berheiratete ohne Kinder oder Witwen mit Kindern 90%
 - 3. Berheiratete mit Kindern 100%
- des bisherigen Durchschnitts-Wochenlohnes, jedoch soll bei Arbeiterinnen der Höchstlohn 12 M., und bei männlichen Arbeitern der Höchstlohn 17,50 M. nicht übersteigen.
- Für Altkorbarbeiter werden folgende Höchstätze festgesetzt:
- 1. Unberheiratete Arbeiter bis 18 Jahre und Arbeiterinnen 14,— M.
 - 2. Unberheiratete Arbeiter von über 18—21 Jahren 16,— "
 - 3. Unberheiratete Arbeiter über 21 Jahre 18,— "
 - 4. Berheiratete Arbeiter ohne Kinder 19,50 "
 - 5. Berheiratete Arbeiter mit Kinder 21,— "

Bei teilweiser Erwerbslosigkeit darf der noch verdiente Altkorb- oder Wochenlohn zusätzlich der zu gewährenden Unterstützung die festgesetzten Höchstätze nicht übersteigen; tritt dieser Fall ein, so ist der Mehrverdienst von der Unterstützung in Abzug zu bringen. Arbeiten Mann und Frau, dann bekommt die Frau den Satz der Unberheirateten. Unberheirateten Arbeitern und Arbeiterinnen, die nachweisen, daß sie Eltern und Geschwister zu ernähren haben, wird der Satz der Berheirateten zugewilligt.

Die Arbeitgeber sind verpflichtet, alle 4 Wochen die Listen für die Unterstützungen bei der Stadt einzureichen. Die Auszahlung der Unterstützung erfolgt wöchentlich bei der Lohnzahlung.

In **Wiersen** soll nach der eingeführten Unterstützungsordnung die tägliche Unterstützung in der Regel betragen:

- für eine männliche Person 1,— M.
- für eine weibliche Person 0,80 "
- für die Frau des Erwerblosen, sofern sie nicht selbständiges Einkommen hat 0,80 "
- für jedes erwerbslose Kind über 10 Jahre 0,55 "
- unter 10 Jahren 0,45 "
- für jeden andern Familienangehörigen, den der Erwerblose zu unterhalten hat 0,65 "

Bei besonderer Bedürftigkeit kann neben dieser Unterstützung eine besondere, oder eine Mietbeihilfe bis zu 15 M. monatlich bewilligt werden.

Voraussetzung bei Gewährung von Unterstützung an Familienangehörige ist, daß der Erwerblose mit ihnen gemeinsamen Haushalt geführt hat oder ihr Haupternährer ist. Für den Kreis der unterstützungsberechtigten Familienangehörigen sind die Bestimmungen über die Unterstützung der Kriegsfamilien maßgebend. Die Unterstützung kann auch teilweise in Lebensmitteln gewährt werden, auch ist die Einbehaltung eines Teiles zur Deckung der Miete zulässig. — Die Abrechnung erfolgt beim Arbeitsnachweis; die Auszahlung durch die von der Stadt bestimmten Stelle.

Die Unterstützungsbedürftigkeit ist nach den gesamten wirtschaftlichen Verhältnissen des Antragstellers zu beurteilen; geringer Grundbesitz, kleine Ersparnisse u. dgl. sollen in der Regel nicht in Betracht kommen, ebenfalls nicht etwaige Unterstützungen der Arbeitgeber und Gewerkschaften oder ähnlicher Verbände.

Jede Veränderung im Einkommen ist binnen drei Tagen dem Ausschuss bekannt zu geben. Zur Durchführung der Fürsorge bestellt die Stadtverordnetenversammlung einen Ausschuss, der sich erforderlichenfalls in Unterausschüsse abgliedern kann; der betreffende Ausschuss legt die Unterstützungen fest und entscheidet endgültig über etwaige Beschwerden und Streitfälle.

Wie uns mitgeteilt wird, will die Stadt die arbeitslosen Arbeiterinnen mit landwirtschaftlichen Arbeiten beschäftigen und zwar zu einem Lohn von 1,50 M. pro Tag für Arbeiterinnen unter 18 Jahren und von 1,80 M. pro Tag für solche über 18 Jahre.

3. Weiteres zur Erwerbslosenfürsorge im Münsterlande.

In **Borken** hatten sich die Beschäftigungsverhältnisse in der Textilindustrie erheblich verschlechtert. Die von der Stadtverwaltung eingerichteten Notstandsarbeiten allein reichen nicht mehr aus, um den eintretenden Folgen der Erwerbslosigkeit und Erwerbsbeschränkung wirksam zu begegnen, darum ist auch hier die Einführung einer Erwerbslosenunterstützung beschlossen worden. Hierbei hat man in anerkannter Weise die Wünsche der Arbeiter weitgehend berücksichtigt. Es darf auch die Hoffnung gehegt werden, daß die Auslegung der einzelnen Bestimmungen mit sozialem Verständnis und in ernstster Würdigung der augenblicklichen schwierigen Lebenslage der arbeitenden Bevölkerung geschieht.

Die wöchentlichen Unterstützungsätze betragen: für eine alleinlebende männliche Person 9 M., für eine alleinlebende weibliche Person 7,50 M., für ein alleinlebendes Ehepaar 12,— M., für die ersten fünf Kinder je 1,80 M. und für jedes weitere Kind 1,20 M. Ganz besonders wichtig ist, daß die Unterstützungsordnung von der bisher im Münsterlande vielfach üblichen Praxis, für erwerbstätige und kleine Kinder der Familie gleich hohe Sätze festzusetzen und den Verdienst der Kinder ganz anzunehmen, abweicht. Die Borkener Ordnung sieht die Bestimmung vor, daß für Kinder von 14—18 Jahren der wöchentliche Unterstützungsatz 3 M. beträgt und das Verdienst der Kinder in ursprünglicher Beschäftigung nur bis zur Hälfte in Anrechnung gebracht wird. Kinder über 18 Jahren

gelten als alleinlebende Personen. — Im übrigen steht die Unterstützungsordnung noch vor, daß Verdienst aus einer Beschäftigung, welche nicht dem bisherigen Berufe entspricht nur zu 1/2 angerechnet wird, sofern derselbe den Unterstützungsatz nicht wesentlich übersteigt. Bezüge aus der sozialen Gesetzgebung werden nur zur Hälfte, Arbeitgeber- und Gewerkschaftsunterstützung überhaupt nicht angerechnet. Zu erwähnen ist noch, daß noch Gewährung von Reisegeld, besondere Unterstützung in außergewöhnlichen Notfällen und Zahlung der Krankenkassenbeiträge in der Unterstützungsordnung vorgesehen sind.

Endlich hat auch **Mhaus** eine Erwerbslosenunterstützung. Die Juteindustrie geht schon seit langer Zeit schlecht. Mit der Einführung einer Unterstützung hat es aber ziemlich lange Weile gehabt. Die wiederholten Bemühungen und Eingaben haben nun schließlich doch zum Ziele geführt.

Die wöchentlichen Unterstützungsätze betragen: für den Ehemann 12 M., dessen Ehefrau 3 M., für jedes Kind unter 14 Jahren 1,80 M. bis einschließlich zum 5. Kinde, für jedes weitere Kind 1,20 M. Für eine alleinlebende männliche Person werden 12 M., für eine alleinlebende weibliche Person 10 M. gerechnet. Erwachsene Kinder, welche bei den Eltern zu Hause sind, gelten als alleinlebende Personen. Wenn diese weniger wie 12 M. bzw. 10 M. verdienen, wird der Verdienst durch Unterstützung soweit ergänzt; verdienen dieselben mehr wie 12 M. bzw. 10 M., so wird der Mehrverdienst dem Einkommen des Betters zugerechnet.

Bemerkenswert ist auch hier, daß die erwachsenen Kinder als alleinlebende Personen gelten.

Auch einige andere Orte des Münsterlandes haben in letzter Zeit den Wünschen der Arbeiterschaft betr. Festsetzung einer höheren Unterstützung für die erwerbstätigen Kinder, Rechnung getragen. Dagegen hat die Stadtverwaltung **Goesfeld** einen diesbezgl. Antrag vorläufig abgelehnt, bezw. die Beschlußfassung vertagt.

Die Kollegen aus verschiedenen Orten des Münsterlandes tun gut daran, sich die Verbesserungen, welche in letzter Zeit erzielt wurden, zu merken und mit entsprechenden Verbesserungsanträgen an die Gemeinde- bzw. Stadtverwaltungen heranzutreten.

Allgemeine Rundschau.

Kriegstagung des Verbandes evangelischer Arbeiterinnenvereine Deutschlands.

Nur eine kurze Arbeitstagung, ohne jeden festlichen Schmuck, war die vierte Vertreterversammlung des Verbandes evangelischer Arbeiterinnenvereine Deutschlands am 25. und 26. März in Hannover-Linden, eine Kriegstagung, der ersten Zeit entsprechend. Die Regierung, die besrembeten Verbände und Organisationen und 33 der angeschlossenen Vereine hatten Vertreterinnen, bezw. Vertreter geschickt, und zahlreiche Mitglieder der Vereine nahegelegener Orte und andere Gäste füllten den Saal des Lindener Arbeiterinnenheims, das nicht nur seine Räume hergab, sondern auch in freundlichster Weise für die Bewirtung sorgte.

Einen kurzen Überblick über die mannigfache Arbeit des Verbandsvorstandes auf dem Gebiete der Zusammenarbeit mit den angeschlossenen Vereinen und befreundeten Verbänden, des Wirkens in der Öffentlichkeit, der Heise- und Werbetätigkeit, der Entwicklung der Zeitung, der Mitarbeit an der Volksernährungsfrage, der Arbeit für die deutsche Volksversicherung, gab der Geschäftsbericht. Ihm folgte der Vereinsbericht, der bunte, zum Teil recht erfreuliche Bilder über die Kriegsarbeit der angeschlossenen Vereine brachte. Die Besprechung des Vortrags: „Die Aufgaben der Berufsberatung und der Arbeitsvermittlung gegenüber den Frauen und Töchtern der handarbeitenden Volkstruppe“, führte zur Annahme der Entschließung:

Der vierte Vertretertag des Verbandes evangelischer Arbeiterinnenvereine Deutschlands ist sich der großen Bedeutung ihrer gemeinsamen Berufsberatung für erwerbstätige Frauen bewusst und fordert daher die ihm angeschlossenen Vereine auf, darauf hinzuwirken: 1. daß die bestehenden Berufsberatungstellen mehr als bisher benutzt werden. 2. daß in größeren Städten, in denen noch keine Anstaltsstellen für Frauenberufe bestehen, solche eingerichtet werden und sie in den Kuratorien derselben Sitz und Stimme erhalten.

Die zahlreich eingegangenen Anträge beschäftigten sich zum größeren Teil mit der Schaffung einer eigenen Verbandszeitung. Ihre Besprechung führte zu dem Beschluß, die Herausgabe der Zeitung mit eigenem Text in's Auge zu fassen. Ein Antrag, das Eintreten des Verbandes für die vermehrte Anstellung von Gewerbeaufsichtsbeamtinnen und von Fabrikpflegerinnen für größere Betriebe betreffend, fand einstimmige Annahme. Der Antrag Provinzial- und Landesverbände evangelischer Arbeiterinnenvereine in den Verband aufzunehmen, führte zur Besprechung und Annahme diesbezüglicher Satzungsänderungen. Der Antrag, welcher die Einrichtung einer Krankengeldzuschußkasse zum Gegenstand hatte, wurde dahingehend erledigt, daß dem schon bestehenden Ausschuss zur Beratung dieser, den Verbandsvorstand schon länger beschäftigenden Frage „die Weiterbildung bis zu ihrer befriedigenden Lösung aufgetragen wurde“.

Warum Aufnahme fand der erste Abendvortrag über das Thema „Unsere Kinder“, dessen lebhafteste Besprechung ausklang in der einstimmig angenommenen Entschließung:

Die vierte Vertreterversammlung des Verbandes evangelischer Arbeiterinnenvereine Deutschlands hält eine verstärkte Arbeit aller Kräfte in der Kinder- und Jugendpflege im Interesse der Jugend selbst und für die Zukunft unseres ganzen Volkes für dringend nötig und bittet die ihm angeschlossenen Vereine sich zeger als bisher an der Arbeit auf diesem Gebiet zu beteiligen und die Bestrebungen von Vereinen, die sich die Kinder- und Jugendpflege zur Aufgabe machen, eifrig zu unterstützen.

Der Schlußvortrag, „Was fordert die Gegenwart von unserer Arbeit“, bildete den Höhepunkt der Tagung. Er zeigte die großen Aufgaben der Bewegung und wies hin auf die hohen Ziele der Arbeit und erfüllte alle Zuhörenden mit neuem Mut und erstem Willen zu treuer Weiterarbeit.

Wirtschaftsleben und Gewerkschaftsbewegung.

In einer Versammlung des Unternehmervereins „Eisenhütte“ am 11. März 1916 in Düsseldorf behandelte Ingenieur Daelen die englischen Industrieverhältnisse. Nach einem Bericht der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ (Nr. 202, 1916) erblickte der Redner einen großen Nachteil für die Leistungsfähigkeit der englischen Eisenindustrie in der Nachstellung der Gewerkschaften, unter der die Arbeitgeber sehr zu leiden hätten. Besonders schädlich wirkte die kurze Arbeitszeit, die in der dortigen Industrie üblich sei. Abg. Dr. Beumer spann den Faden weiter und meinte, die englischen Gewerkschaften entsprächen in keiner Weise der Solidarität, die zwischen Kapital und Arbeit bestehen soll, sie sägen den Ast ab, auf dem sie selbst saßen.

Diese Kritik an den englischen Arbeiterorganisationen könnte die deutschen Arbeiter eigentlich kalt lassen; aber man merkt die Absicht und wird verstimmt. Denn in Wirklichkeit soll die Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen damit getroffen, als fortschrittshindernd und industrieschädigend hingestellt werden. Dr. Beumer hat diese Absicht auch garnicht zu verschleiern gesucht. Nach dem vorhin angezogenen Bericht betonte er im weiteren Verlauf seiner Ausführungen den „Herr-im-Hause“-Standpunkt, den er dahin verstanden wissen will, daß der Unternehmer in seinem Betrieb allein zu bestimmen habe. Er übte ferner an den Geheimräten Kritik und verurteilte den Standpunkt des Reichsamts des Innern über die Bildung von Arbeiterausschüssen. „Wir sollten an den englischen Verhältnissen lernen“, so schlussfolgerte Dr. Beumer, „und die gleichen Rechte mit den Arbeitern auf die staatsbürgerlichen Rechte beschränken“.

Die bekannte schroff ablehnende Haltung gegenüber jeglichem Mitbestimmungsrecht der Arbeiter, wie sie die Großindustrie bisher stets eingenommen hat. Auch der Krieg hat keinerlei Wandlung in dieser rein kapitalistischen Anschauung herbeizuführen vermocht. Der Vorstoß der Eisenhüttenmänner gegen die Geheimräte und das Reichsamt des Innern hat seine besondere Gründe. Von Regierungsseite ist eine gesetzliche Regelung der rechtlichen Verhältnisse der Wirtschaftsorganisationen angekündigt. Die Unternehmer befürchten, daß den Arbeitergewerkschaften ein größerer Einfluß im öffentlichen Leben eingeräumt werden könnte. Dem suchen sie frühzeitig vorzubeugen und schleppen den Wauwau der angeblich industriefeindlichen englischen Gewerkschaften herbei, um die Arbeitgeber in Deutschland mit den „Gefahren“ der gewerkschaftlichen Machtentfaltung zu schrecken. Das ist der Zweck der Uebung! In Deutschland werden und können diese Bestrebungen keinen Erfolg haben. Zunächst ist es eine bisher unbewiesene Behauptung, daß die Rückständigkeit der englischen Industrie durch die kürzere Arbeitszeit und die Macht der Gewerkschaften verschuldet sei. Nicht auf die kurze Arbeitszeit in England ist der Vorsprung der deutschen Industrie zurückzuführen, sondern auf die Nichtigkeit der deutschen Unternehmer und Arbeiter. Die englischen Industrien mit kurzer Arbeitszeit bilden nur einen geringfügigen Teil; sie sind aber gerade diejenigen Gewerbe, die jede Konkurrenz bestehen können, oder wie z. B. die Baumwollspinnereien unerreicht dastehen. Ueberwiegend sind in der englischen Arbeiterschaft die Angelegenen, die unter elenden Arbeitsverhältnissen leben. Es braucht nur auf den erschreckenden Umfang der Kinderarbeit in England hingewiesen zu werden. Die englischen Zustände sprechen mithin nicht gegen, sondern für den Ausbau der Sozialpolitik.

Uebrigens haben die organisierten Arbeiter Deutschlands vor und während dem Kriege den Beweis zur Genüge erbracht, daß sie sowohl in staatlichen wie wirtschaftlichen Notwendigkeiten vollauf Rechnung zu tragen wissen, daß sie weit davon entfernt sind, den Ast abzuschneiden, auf dem sie selbst sitzen, wie ihnen Beumer unterstellen möchte. Allerdings haben sie begünstigte Veranlassung, zur Wahrung der Arbeiterrechte und -Interessen alle verfügbaren Mittel in Anwendung zu bringen. Denn, was Herr Daelen von England eingesehen mußte, daß dort vor dem Aufkommen der Gewerkschaften die Arbeiter jahrzehntelang von den Arbeitgebern rücksichtslos ausgebeutet worden seien, trifft vollinhaltlich auch auf Deutschland zu. Ein solcher Zustand aber müßte zur Verleumdung breiter Volksmassen und zur Schwächung der Gesamtnation führen. Das zu verhindern ist der Zweck der Gewerkschaften, die, wie lezhin vom Regierungstisch im Reichstag gesagt wurde, wichtige Aufgaben zu erfüllen haben, ohne die unser Wirtschaftsleben nicht mehr denkbar ist.

Del-Ersatzmittel.

Im Nahrungsmitteluntersuchungsamt der Universität Jena wurden bisher neun Salatzöl-Ersätze von verschiedenen Firmen auf Aussehen, Geschmack, Geruch usw. untersucht. Die Ersatzmittel kosteten 1,50 M. bis 2,75 M. das Liter und enthielten 98,30 bis 99,68 Prozent Wasser; sie sind fast durchweg mit Benzoe-Säure konserviert und mit Beer-Farbstoff gefärbt. In die Mitteilung der Untersuchungsergebnisse knüpft der Leiter des Nahrungsmitteluntersuchungsamtes Professor H. Matthes folgende Bemerkungen:

Aus diesen Ergebnissen geht hervor, daß alle diese untersuchten angeblichen Ersatzmittel für Del nichts anderes sind, als wässrige, gelb gefärbte Auszüge von schleimhaltigen Pflanzen, wie z. B. Inländisches Moos, Quitten- oder Feigenjam oder auch dünne Gelatineabzüge, die mit einem Konservierungsmittel versetzt sind. Die Lösungen kommen als klare gelbe Lösungen oder häufiger als trübe gelbe Präparate in den Handel. Die trüben Lösungen sehen wie Mischungen von

Del und Wasser aus und sollen wohl das Publikum noch besonders täuschen und irreführen. Nährwert kommt diesen Mischungen fast gar nicht zu. Der Preis der Delerjage steht in gar keinem Verhältnis zu ihrem wüßlichen innern Wert, das bitter dieser Stoffe ist nur wenige Pfennige wert. Urberständlich erscheint es, daß solche Mischungen angeblich von Chemikern, zum Teil sogar von solchen mit bekannten Namen, „begutachtet“ werden könnten. Dieß man allerdings diese „Gutachten“, so steht hauptsächlich darin, daß die untersuchten Proben in gesundheitlicher Hinsicht nicht zu beanstanden sind. Das mag für diese Salatöl-Erjage ebenso zutreffend sein, wie für ein gutes Wasser. Durch die Anwendung von „Salatöl-Erjag“ wird lediglich dem Bedürfnis der Hausfrauen, bei der Zubereitung von Salaten zwei Flaschen anzuwenden, d. h. aus der einen Del, aus der andern Essig zu gießen, Rechnung getragen. Wer an dieser lieben Gewohnheit hängen bleiben will, kann sich in die leere Delflasche Wasser einfüllen, es ist billiger und leistet die gleichen Dienste wie Salatöl-Erjag. Wegen die Hersteller und Vertreter der fast wertlosen Del-Erjage sollte auf Grund der Bekanntmachung des Bundesrates zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel vom 23. September 1915 eingeschritten werden.

Jedermann kann leicht die minderwertigen Produkte erkennen. Mischt sich der Del-Erjag mit Wasser, so ist nicht die Spur Del darin enthalten. Ein „Erjagstoff“ soll bei Nahrungs- und Genussmitteln im Nährwert annähernd dem zu erscheinenden Stoff gleich sein. So ist z. B. Margarine ein guter, einwandfreier, im Nährwert gleicher aber billigerer Stoff als Butter. Man wird Margarine mit vollem Recht einen Butter-Erjagstoff nennen können, niemals aber kann man gelb gefärbtes, schleimhaltiges Wasser als einen Del-Erjagstoff anerkennen.

Seifenschwindel.

Das öffentliche Untersuchungsamt der Stadt Freiburg i. Br. gibt folgendes bekannt: In den Zeitungen und durch Reisende wird z. B. „Schmierseife, prima weiße, reine Ware“ zu 38 M. der Zentner angepriesen, die, wie durch die Untersuchung festgestellt wurde, durch Auflösen von etwa 8 1/2 Pfund Kernseife in 100 Pfund Wasser hergestellt ist. Um die natürlich stark herabgeminderte Reinigungskraft dieser Seife, die nur 5% Fett säure enthält, zu heben, findet man noch oft zum Nachteil der Stoffe, ein Zusatz von Soda, Salmiakgeist usw. statt. Die Materialkosten zu einem Zentner eines solchen Schwindelproduktes betragen etwa 12-13 M. gegenüber einem Verkaufspreis von 38 M.! Für den Verbraucher stellt sich im vorliegenden Falle (eine reelle Schmierseife mit 40% Fett säure zu Grunde gelegt) in Wirklichkeit das Pfund solcher Seife auf etwa 3 M., also auf über das Dreifache des regelrechten Preises für gute Schmierseife.

Es ist daher wiederholt dringend vor solchen Schwindelprodukten und vor ähnlichen Jagen. „Erjagseifen“ zu warnen.

Der Umfang der Kartoffelproduktion.

Die Reichskartoffelstelle hat jüngst eine Zusammenstellung der Kartoffelbauauslässe und der Kartoffelerträge für die letzten 5 Jahre vorgenommen. Den mitgeteilten Ziffern sei folgendes Resultat entnommen:

Jahr:	Anbaufläche in Hektar	Gesamtertrag in Zentner	Hektarertrag in Zentner
1915	3 572 416	1 079 585 165	313,5
1914	3 386 098	911 391 180	287,4
1913	3 412 201	1 082 422 920	317,2
1912	3 341 606	1 004 189 320	300,6
1911	3 321 479	687 484 500	207,0

Deutschland hat unter allen Staaten der Welt bei weitem die größte Kartoffelproduktion aufzuweisen. Deutschland liefert nicht weniger als ein Drittel der Weltproduktion an Kartoffeln. Nach Deutschland kommt Rußland, welches rund ein Viertel der Weltkartoffelernte liefert; die andern Staaten folgen in weitem Abstände. Die Anbaufläche ist in Rußland zwar um eine Million Hektar größer als bei uns, jedoch ist der Hektarertrag in Deutschland um rund 80 Prozent größer als in Rußland. Indes steht Deutschland mit seinen Hektarerträgen keineswegs an erster, sondern vielmehr erst an sechster Stelle in Europa. In Deutschland beträgt die mit Kartoffeln bestellte Fläche fast ein Viertel der mit Getreide bestellten, in Rußland dagegen beträgt die Kartoffelfläche nur 5 Prozent der dortigen Getreidefläche.

Aus unserer Industrie.

Schutzollbestrebungen in der schweizerischen Textilindustrie.

C. T. L. Wie in England, so machen sich auch in der Schweiz, wenn vorläufig auch nur vereinzelt, Bestrebungen geltend, die Textilindustrie des Landes durch Schutzölle mehr wie bisher zu sichern. Schon seit langen Jahren sind in den Kreisen der schweizerischen Konfektionsfirmen Stimmen laut geworden, welche hohe Einfuhrölle für konfektionierte Waren forderten. Ganz besonders richtet sich dies gegen die Einfuhr von billigeren Herrenbekleidungsartikeln, die in großen Mengen aus Süddeutschland, aus Berlin und aus Steitin eingeführt werden. Aber auch in anderer Beziehung sind jetzt in den Kreisen der schweizerischen Textilindustrie Meinungen verbreitet, welche der Ansicht Ausdruck geben, daß für die Zukunft Zustände, wie sie durch den Rohstoffmangel hervorgerufen worden sind, unmöglich wären, wenn sich das Land durch hohe Schutzölle und infolgedessen durch eine Erweiterung seiner eigenen Industrie dagegen schützen würde. Vor allen Dingen wird darauf hingewiesen, daß die schweizerische Wollenindustrie sich von dem Bezug ausländischer Wolle möglichst unabhängig machen möge und zwar durch bessere Ausnutzung der schweizerischen Wollschafzucht.

In der Neuen Züricher Zeitung wird von sachkundiger Seite darauf hingewiesen, daß die schweizerische Wollproduktion früher sehr beträchtlich gewesen war und daß es wohl möglich wäre, wenn dieser Zweig landwirtschaftlich mehr gepflegt würde, den einheimischen Bedarf der Wollentwervereien zu decken. Vor allen Dingen käme es darauf an, daß die Militärbehörde den einheimischen Wollentwervereien die Vorschriften geben müsse, bei der Herstellung von Militärstücken nur schweizerische Wolle zu verarbeiten. Es würde dann allen Teilen geholfen, sowohl den Behörden, wie den Verarbeitern, und nicht zuletzt der schweizerischen Wollproduktion. Ob und wie weit die Schutzollbestrebungen der Schweiz von Erfolg sein werden, läßt sich natürlich heute nicht beurteilen, es wird wahrscheinlich damit ebenso gehen wie mit ähnlichen Bestrebungen in anderen Ländern, d. h., diese Stimmen werden wieder verhallen, sobald normale Verhältnisse eingetreten sind, dann wird die schweizerische Textilindustrie nicht nur ihre Rohstoffe, sondern auch die Erzeugnisse, welche sie in Fertigwaren bezieht, von dort kaufen, wo sie sie am billigsten bekommt.

Die Regelung der Preise für Web-, Wirk- und Strickwaren.

Darüber wird amtlich folgendes bekannt gemacht: Die Beschlagsnahme von Web-, Wirk- und Strickwaren zugunsten der Heeresverwaltung (Kriegsrohstoffabteilung des Kriegsministeriums) und die am 1. Februar erfolgte Preisbindung, bei der die vor dem 1. Februar festgesetzten und erzielten Preise zugrunde gelegt worden waren, hat, wie man an allen beteiligten, amtlichen und privaten Stellen vorausgesehen und zugestanden hatte, zu mancherlei Unzuträglichkeiten geführt. Zuletzt noch hatte in der Reichstagsitzung vom 24. März auf eine Anfrage des nationalliberalen Abgeordneten Reimath der Vertreter des Reichsamts des Innern erklärt, daß diese ganze Regelung ja nur ein Provisorium sein wolle und solle und daß die endgültige Regelung, die zugleich eine Milderung sein sollte, unmittelbar, bevorstehe.

Durch eine Bundesratsverordnung vom 30. März ist diese endgültige Regelung nunmehr erfolgt. Dabei hat man, grundsätzlich wenigstens, die Preisbeschlagsnahmeverordnung vom 1. Februar d. J. aufrechterhalten; die mit ihr gemachten Erfahrungen hatten gezeigt, daß ihr Zweck, sprunghafter Steigerung für die beschlagsnahmefreien Textilwaren vorzubeugen, im großen und ganzen erreicht worden war, und daß man wucherischen Bestrebungen beim Verkauf von Textilwaren tatsächlich einen wirksamen Kiegel vorgeschoben hatte. Die neue Bekanntmachung verfolgt in gleicher Weise das Ziel, daß eine etwaige Knappheit an Web-, Wirk- und Strickwaren und daraus gefertigten Erzeugnissen nicht zu unberechtigter, preisverderblicher oder gar wucherischer Uberteuerung ausgenützt werden soll. Als Grundlage der Regelung ist

Die Mütter.

Uns allen, die wir wie ein Garten sind,
 Dein Baum bei Baum und Blum' bei Blume steht,
 Hat jene heiße Sichel eins gemäht,
 Ein liebes, zukunftsstolzes, starkes Kind.

Nun werden uns die müden Augen blind,
 Gleich Edelsteinen, die das Dunkel bannt.
 Wir tasten mühsam nur mit schwerer Hand
 Uns durch den Tag, der schmerzlich um uns rinnt.

Wie steingeword'ne Kästel starr'n die Stunden...
 Wir fühlen ihren wesensgleichen Blick,
 Mit dem sie an der Zeiten Lauf gebunden.

Und erst ganz langsam können wir gefunden,
 Wenn nach dem Kampf durch gütiges Geschick
 Der Söhne einer wieder heimgefunden...

Karl Salm.

Momentbilder aus Frankreich.

Von Grenadier Anton Gutmann.

2. Bild.

Ein Bauernhaus im Dorfe. Während unserer ersten Ruhezeit in F. haben wir hier mit 9 Mann unierer Korporalschaft im Quartier gelegen. Die Wohnverhältnisse sind äußerst beschränkt. Rechts vom Ausgange ist ein Raum, in dem allerhand Gerümpel und ein Bett untergebracht sind. Links ist der Wohn- und Schlafraum der Leute. Es ist eine ziemlich geräumige Küche, die aber mit allerhand altem und unansehnlichem Hausrat derart überladen ist, daß nicht viel Platz mehr übrig bleibt.

In diesem einen Raume haufen das Ehepaar, ferner ein Knabe im ungefähren Alter von 7 Jahren und ein Junge von 16-17 Jahren, der im Hause Knechtsdienste verrichtet. Dieser Knabe schläft in der Dampfkammer, alle übrigen in dem großen Bett, das rechts in der Ecke des Wohnraumes steht. Zu diesen Bewohnern der Küche kommen nun noch 9 deutsche Grenadiere. Man kann sich leicht vorstellen, daß es in diesem Wohnraum lebendig ist wie in einem Ameisenhaufen.

Die Bewohner und Eigentümer des Hauses sind keine armen Leute. Im Gegenteil, nach dem ganzen Hause mit allem Zubehör zu urteilen, befinden sie sich in einem gewissen Wohlstande. Sie besitzen viele Vögel, haben ein prächtiges, starkes Pferd im Stalle, und die große Scheune saß zu der Zeit, als wir in dem Hause lagen, bis unterm Dach voller ungedroschenem Weizen. Der Bauer erzählte uns, daß er vor dem Kriege mit drei Pferden gearbeitet habe. Zwei seien von deutschem Militär beschlagnahmt worden.

Die Frau des Hauses ist eine recht unappetitliche Person. Sie mag Mitte der vierziger sein und ist klein von Gestalt. Sie hat ein längliches verzerrtes Gesicht, das seinen jauchser gewachsen ist. Dieses Gesicht ist gegürtet mit einer ungewöhnlich langen, pickeligen, von Nitteln besetzten Nase, die am Ende ganz spitz

zuläuft. Der breite Mund der Frau ist beständig in Tätigkeit. Das Weib schnauzt fortwährend, entweder mit uns, mit ihrem Manne oder mit einer Nachbarin.

Er ist wohl gleichen Alters mit seiner Frau, aber in Gestalt und Benehmen das gerade Gegenteil. Ein mittelgroßer, stämmiger Bauer, in dem man eher einen Münsterländer als einen Franzosen vermuten könnte. Sein Gesicht ist kantig, die dicken Backennochen stehen etwas vor und der dicke blonde Schnurrbart hängt nachlässig und ungepflegt unter einer scharfgebogenen Nase. Der Mann ist von ungewöhnlicher Schulterbreite und der kurze Rumpf wird getragen von zwei stämmigen, etwas nach außen gebogenen Beinen. Kurz, in Gestalt und Aussehen ein echter Bauer.

Im Gegensatz zu seiner Frau spricht er nicht viel. Er kam eine Stunde lang bei uns am Tische sitzen, ohne ein Wort zu reden. Dann zieht er unausgesehen an seinem kurzen Tabakpfeifen, bläst behaglich den Dampf in die Höhe, saßt sich hin und wieder an seinen dichten Schnurrbart und schaut mit scheelen Augen auf das, was wir schaffen. Nur wenn wir ihm eine Zigarre oder Zigarette schenken, die er ohne Dank annimmt, spricht er einige Worte, nicht freundlich, aber auch nicht grob. Wenn wir dann etwas schelmisch vom Kriege und unseren deutschen Erfolgen reden, dann lacht er meistens höhnisch und zweifelnd, hüllt sich in eine dicke Rauchwolke, steht auf, steckt beide Hände in die Hosentaschen und geht hinaus.

Wir wissen was er denkt: Eure Erfolge sind elende Aufschneidereien und Lügeereien. Es kommt auch noch wieder anders. Es wird der Tag kommen, wo ihr aus Frankreich und aus meinem Hause herausgejagt werdet. Diesen Tag kehnt dieser Bauer herbei und ihn erlebte er an jedem Morgen von seinem Gott.

Einst war es an einem Sonntagmorgen. Unser Zug hatte Fliegerwache ausgestellt und ich stand meine zwei Stunden als Fliegerposten. Die Wache hatte ihre Gewehre vor dem Hause meines Quartierwirtes zusammengelegt. Ich mußte darum vor unserm Quartier meine Stunden „abklütern“.

Es war gegen 10 Uhr. Meine Kameraden, die mit mir zusammen in dem Quartier lagen, waren mit der Kompanie zum Appell angetreten. Die Fliegerwache lag in dem Hause nebenan. Die Frau des Hauses war mit dem Kinde zur Kirche gegangen und der junge Knecht stand auf der Straße und gaffte unsem Appell zu.

Der Bauer war allein zu Hause. Er hatte das eine Küchenfenster weit offen gestellt, um die frische Morgenluft voll herein zu lassen.

Ich gehe als Posten, das Gewehr unterm Arm, direkt vor dem Hause auf und ab und werse hin und wieder einen Blick in die Küche.

Der Raum ist des Sonntags wegen säuberlich gekehrte und auf Kommode, Schrank und Fensterbänken ist Ordnung geschafft worden. So macht unser Quartier gar keinen unfreundlichen Eindruck. Das scheint auch der Bauer zu meinen, denn er geht mit recht gefälliger Miene langsamen Schrittes auf und ab.

Ich brücke mich gegen die Wand und schaue ihm unbenommen zu. Er macht eine stolze Figur dieser Bauer, jetzt wo er sich in seinen Sonntagstracht geworfen hat. Er trägt moderne, spiegelblank gepuzte Schnürschuhe, eine tiefwarme Tuchhose und einen langen blauen Mantel mit weißem Besatz an Hals, Kermel und am Brustauschnitt. Solchen Kittel haben früher

die Bauern auch in meiner Heimat getragen, und man sieht sie bei uns noch bei den westfälischen Händlern, die mit Weizenwaren von Haus zu Haus gehen. Der blaue Kittel mochte zu dem übrigen Anzuge des Bauern nicht passen, aber er klebete prächtig. Um einen blendend weißen Halsstragen hatte der Bauer einen schmalen schwarzen Schlips gebunden, und auf dem Kopfe trug er eine schwarze Samtmütze.

Stolz und würdevoll ging er auf und ab und blies dicke Rauchwolken aus seiner kurzen Rumpfpfeife. Jetzt war er allein, einmal allein in seinem Hause, einmal ohne dieses fremde Volk, diese deutschen Soldaten. O, wie sie ihm im Wege gestanden hatten! Hatten sie ihm nicht alles genommen? Pferde, Vieh, Acker und Land. In seiner Scheune und seinem Hof hatten sie sich eingekniet. Und schließlich hatten sie sich selbst in seinem Wohnraum festgesetzt. Auf seinen Stühlen hockten sie, seine Kommoden hatten sie belegt, in allen Ecken und an allen Wänden lag ihr Gerümpel. Ueber seine Sachen verfügten sie, als sei es ihr Eigentum.

Er zieht seine Mütze tief auf die Stirne herunter, dreht an seinem dichten Schnurrbart, steckt die Enden in den Mund und kaut darauf, als ob er so seinen Groll verbeißen wolle.

Dann tritt er ans Fenster und steht auf der Fensterbank eine kleine Fettbüchse zum Einschmieren der Stiefel liegen. Er faßt das unschuldige Büschchen und wirft es mit einem derben Fluche in eine Ecke.

Als habe er sich dadurch eine große Genugtuung verschafft, legt sich ein breites, schadenfrohes Lächeln um seine Züge. Dann geht er wieder auf und ab, immerfort für sich hin-sprechend und lebhaft gestikulierend, als gebe er sich selbst die Bekräftigung für die Echtheit und Wahrheit seiner Worte.

Von Arras her dröhnt Kanonendonner herüber. Da bleibt er mit einem Ruck mitten in der Küche stehen, reckt einen kräftigen Körper hoch auf, hebt die breite Brust und schlägt den Kopf in den Nacken. Dann faßt er die Faust geballt und streckt sie nach Arras zu aus.

O, dieser Kanonendonner war ihm ein Freudengruß. Er Klang ihm wie Musik in die Ohren. Dieses Donnern und Krachen ging ja auf die deutschen Linien. Da vor Arras würde ihnen einmal zum Lauge ausgespielt werden, daß sie ihre helle Verwunderung erleben würden. In Arras lag seine Hoffnung und — seine Rache. Einmal würde der Tag kommen. Da würde es noch ganz anders als heute donnern und krachen. Krachen unter den deutschen Linien, daß die Fegen flögen. Aufsehenswürdig würden die Deutschen aus ihren Gräben fliegen, dann würden sie hingemäht wie der Klee auf der Wiese und fallen wie im Herbst die Palme vor der Sichel des Schnittrers. Wie geprägelte Hunde würden sie aus dem Lande fliehen, auch aus T..., auch aus seinem Hause.

Ja, der Tag würde kommen. Und dann würde er seine Flinte aus dem Versteck herausholen — ach, die dummen Deutschen haben sie ja doch nicht finden können — dann würde er seine Flinte aus dem Versteck heraus holen und ihnen so viel Kugeln nachschicken, als seine Hände und seine Läschen nur zu lassen vermöchten.

Ein häßliches Lächeln lag um seinen Mund, eine schadenfrohe Genugtuung in seinen Zügen, als fättige er sich an seinen eigenen, haßerfüllten Gedanken.

Ich stand an der Mauer gelehnt und sah still dem Alten zu. Ich dachte für mich hin, beim ich wußte: Es wird ganz, ganz anders kommen.

Der vor dem Stichtage, dem 1. Februar d. J., geltende Preis festgehalten. Neu aber ist, daß die tatsächlich und nachweislich gestiegenen Herstellungskosten berücksichtigt werden können, auch der Zuschlag eines angemessenen Gewinns dauernd nicht vermehrt werden soll. Dabei war der Gedanke ausschlaggebend, daß bei aller Rücksichtnahme auf die Verbraucherinteressen, eine wirtschaftlich bedenkliche Schmälerung schubbedürftiger Interessen der gewerblichen Kreise, der Fabrikanten und Händler, insbesondere aber auch der Arbeiter und Angestellten vermieden werden müsse.

Die neue Verordnung erstreckt sich auf alle diejenigen Web-, Wirk- und Strickwaren, die nicht bereits durch die Beschlagsnahme betroffen worden sind, gleichgültig aus welchen Spinnstoffen sie hergestellt sind, sowie auf die aus ihnen gefertigten Erzeugnisse. Erscheint einem Käufer der vereinbarte Preis durch die neue Verordnung festgesetzte Grenze zu überschreiten oder sonst unangemessen hoch, so kann er innerhalb zwei Wochen nach Abschluß des Kaufvertrages Preisfestsetzung durch ein Schiedsgericht beantragen, das, gebühren- und stempelfrei, endgültig und unter Ausschluß des Rechtsweges entscheidet. Ergibt sich der Verdacht einer strafbaren Ubertreibung durch den Verkäufer, so hat der Vorsitzende des Schiedsgerichts die Verpflichtung, der Staatsanwaltschaft Anzeige zu erstatten. Ausführungsbestimmungen des Reichszentralers regeln die Einzelheiten des schiedsgerichtlichen Verfahrens. Unter anderem wird bestimmt, wer die ehrenamtlich fungierenden Vorsitzenden und Beisitzer zu ernennen hat. Sind bei einem Verfahren Handwerker beteiligt, so müssen mindestens zwei Beisitzer im Beirathen mit der Handwerkskammer, Handwerkerkreisen entnommen werden. Zwei Beisitzer sollen Kaufvertragsangehörigen angehören.

Es sieht zu erwarten, daß die neue Regelung der Dinge bei der Industrie wie beim Handel mit Genehmigung begrüßt werden wird, ohne daß zugleich die Interessen der Käufer und Verbraucher irgendwie gefährdet erscheinen.

Soweit die amtliche Mitteilung. Die am Schlusse erfolgte Feststellung, daß bei dieser neuen Regelung die Interessen der Verbraucher nicht gefährdet erscheinen, scheint uns verfehlt zu sein. In Versuchen, die Preise unberechtigter Weise in die Höhe zu treiben, wirds auch hier nicht fehlen, zumal der Begriff des „angemessenen Gewinns“ recht dehnbar ist. Uebrigens finden ja schon Aufkäufe spekulativer Art statt, so daß man sich an amtlicher Stelle bereits zu folgender öffentlicher Mahnung veranlaßt sah:

Wie aus verschiedenen Pressenartikeln hervorgeht, versuchen Händler Kleider- und andere Stoffe aufzukaufen, die nicht unter die Beschlagsnahme fallen. Vielfach bieten sie Kleinhändlern hohe Preise, um dadurch Waren an sich zu bringen. Daher wird nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der Kleinhändler die freigegebenen Vorräte nur — unmittelbar an den Verbraucher — in Mengen unter einem halben Stück bezogen haben. Duzend veräußern darf und zwar nur zu einem Verkaufspreise, der den zuletzt vor dem 1. Februar erzielten Preis nicht übersteigt. Kleinhändler, die entgegen diesen Vorschriften Waren an aufkaufende Händler abgeben, haben sofortige Entziehung der von der Beschlagsnahme freien Warenvorräte zu gewärtigen und laufen Gefahr, auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen bestraft zu werden. Andererseits müssen es die Kleinhändler als ihre Pflicht betrachten, beim Aufkaufen derartiger Aufkäufe der zuständigen Polizeibehörde unverzüglich davon Nachricht zu geben.

Die Verbraucher haben also alle Veranlassung auf der Hut zu sein, um etwaigen Preistreibern rechtzeitig und energig entgegenzutreten zu können.

Seidenbau in Deutschland.

Die Kreisler Handelskammer beschäftigte sich kürzlich in einer Sitzung mit den Bestrebungen, in Deutschland den Seidenbau wieder aufzunehmen, um unsere Seidenindustrie im Rohstoffbezug vom Ausland unabhängig zu machen. Ueber die Verhandlungen brachte die „Köln. Ztg.“ folgenden Bericht, der auch unsere in der Seidenindustrie beschäftigten Kollegen und Kolleginnen interessieren wird.

Ein Jahrgang, der zweite Vorsitzende der Handelskammer, Kommerzienrat Krahnem bemerkte, daß die oben erwähnten Bestrebungen nicht auf allen Gebieten durchführbar seien, teils wegen der klimatischen, teils wegen der kulturellen Verhältnisse. Schon Friedrich der Große habe einen Versuch mit der Einführung des Seidenbaues in Deutschland gemacht, doch sei er ohne Erfolg geblieben. Der Cultus des Botanischen Gartens in Dahlem, Prof. Dr. Udo Dammer, habe seit einigen Jahren Versuche gemacht, die sich in einer andern Richtung bewegten. Sie bezögen sich auf die Aufzucht der Seidenraupen mit Schwarzwurzelblättern, bei der er, wie es scheint, gute Erfolge gehabt habe. Diese Zucht könne weiteren Kreisen zugänglich gemacht werden, auch könnte darin eine große Zahl Kriegesbeschädigter eine Erwerbsmöglichkeit finden. Aus einer kurzen Abhandlung des Prof. Dammer geht hervor, daß man bei der Schwarzwurzelzüchtung eine vier- bis fünfmalige Aufzucht erzielen könne, während das bei der Fütterung mit Maulbeerblättern nur einmal möglich sei. Auch die Beschaffenheit der von diesen Raupen gezogenen Seiden habe allen Anforderungen entsprochen. Im Ganzen soll sie der andern Seide sogar überlegen sein. Der Redner stand dem Erfolg dieser Bestrebungen etwas zweifelnd gegenüber, wenn er auch nicht verkamte, daß es im vorliegenden Falle anders sein könne als bei den bisherigen Mißerfolgen. Es habe sich eine deutsche Seidenbau-Gesellschaft gebildet, die die Versuche weiter zu entwickeln und durchzuführen gewillt sei. Ob der Bedarf Deutschlands an Seide auf diese Weise zu decken sei, das sei eine schwerwiegende Frage, die er heute nicht erörtern wolle. Es seien noch andere schwere Bedenken aus dem Wege zu räumen. So die Frage des Spinnens der Seide dieser Fokons, die eine außerordentliche Geschwindigkeit voraussetze. Nach einer Aufstellung habe Deutschland im Jahre

1913 einen Rohseidenverbrauch von 4 300 000 Kilogramm im Werte von 160 Millionen Mark gehabt. Um die dazu nötige Menge an Kokons zu erzeugen, bedürfe es nach den Dammerschen Angaben einer Zahl von 400 000 Köpfen. Außerdem seien für die Abspinnung 20 000 bis 25 000 Spinnerinnen notwendig, wenn man berechne, daß sie bei 300 Arbeitstagen täglich 500 Gramm zu spinnen vermöchten. Unter diesen Umständen habe er keine allzu großen Hoffnungen, daß eine heimische Zucht den Bedarf zu decken vermöge. Es träten aber auch noch andere Bedenken hervor. Das hiesige Seidengewerbe habe seit 1870 einen bedeutenden Aufschwung genommen. Es habe seinen Bedarf an Seiden nach freiem Ermessen in den gewünschten Arten vom Auslande, das über billigere Arbeitskräfte verfüge, beziehen können. Wenn nun die Aufzucht in Deutschland eingeführt werde, so sei die Gefahr gegeben, daß mit Böllen gegen die ausländischen Seiden vorgegangen werde. Bei dieser Aussicht könne das hiesige blühende Seidengewerbe aufs Spiel gesetzt werden. Die Angelegenheit sei also so wichtig, daß ihre Entwicklung mit Aufmerksamkeit verfolgt werden müsse.

Aus dem Verbandsgebiete.

Zur gest. Beachtung für die Ortsgruppenvorstände.

Wiederholt werden uns Anträge auf Ausstellung von Invalidenkarten unterbreitet, die den statistischen Bestimmungen nicht entsprechen.

Wir sehen uns deshalb veranlaßt, auf die betr. Bestimmungen des Statuts (§ 1 Abs. 2 und 3 der Sterbeunterstützung) nochmals aufmerksam zu machen.

Eine Invalidenkarte mit einem Monatsbeitrag von 30 Pfg. kann nur dann beantragt und gewährt werden, wenn das betr. Mitglied entweder die reichsgesetzliche Invalidenrente oder die Krankenrente bezieht.

Zur Zahlung des Monatsbeitrages von 30 Pfg. sind weiter solche Arbeiterinnen berechtigt, die infolge Heirat vorübergehend aus ihrer Erwerbstätigkeit ausscheiden.

Alle weitergehenden Anträge können nicht berücksichtigt werden.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Burgwaldnietel. Ein Veteran unseres Verbandes ins Grab gesunken; so dachte ich, als ich den Namen Heinrich Janzen unter den Verstorbenen in unserer Textilarbeiterzeitung bemerkte. Janzen war einer von denen, die den niederrheinischen Verband christlicher Textilarbeiter mit Geduld und Hochachtung haben. Hausweber von Beruf und direkt weniger betroffen von den Lohnkämpfen, setzte er trotz geschwächter Gesundheit doch sein ganzes Können ein, „im äußersten Winkel“ des Reiches die Leute für unsern Verband zu begeistern. Sein Wirken war ein stilles, wie überhaupt sein ganzes Wesen anspruchslos und bescheiden war. Wenn trotzdem aus einer der damals schlechtgelohnten Gegenden dem Kreisler Streifonds auch aus Burgwaldnietel ansehnliche Summen zuströmen, so war dieses hauptsächlich ein Verdienst Janzens. Obgleich lange Jahre kranklich, hat er doch dem Verbande die Treue gewahrt bis zum Tode. Mögen die jüngeren Kollegen sich an seiner Schaffensfreudigkeit und Selbstlosigkeit ein Beispiel nehmen, dann wird es um den Verband immer gut bestellt sein. Hoffentlich wird ihm im besseren Jenseits gelohnt, was er hier auf Erden für seine Mitmenschen Gutes gewirkt.

Eilenburg. Eine gemeinsame Versammlung mit den christlichen Metallarbeitern und dem evangelischen Arbeiterverein hielten wir am 31. März ab. Gesamtverbandssekretär Kollege Voigt-Dresden hielt einen Vortrag über das Thema: „Wirtschaftliche Fragen der Gegenwart.“ Die Lebensmittelpreiserhöhung, die Arbeiterinnenarbeit, die Betätigung der großen wirtschaftlichen Verbände der deutschen Erwerbstätigen, das Nacht- und Sonntagsbrotverbot und die Wohnungsfrage zog er in den Kreis seiner Betrachtungen. In der Diskussion unterstrich Herr Stadtmann Rätzsch die Tatsache, daß uns mit unruhiger Kritik nicht dient sei, sondern Selbsthilfe mit allen geschäftsmäßigen Mitteln einzusetzen habe. Für den Monat Mai ist ein weiterer gemeinsamer Vortragabend in Aussicht genommen, zu dem Kollege Voigt wieder als Vortragender gewonnen werden soll.

Sudenwalde. Eine gutbesuchte Mitgliederversammlung hielten wir am 22. März ab. Kollege Voigt berichtete über die Textilarbeiterfürsorge. In dieser Angelegenheit hatten wir bekanntlich im Oktober an den hiesigen Magistrat eine Eingabe gerichtet mit Vorschlägen für die Unterstützung. Die nunmehr geltenden Grundzüge lehnen sich ganz an die in der Niederschrift geltenden an. Die Aussprache brachte noch Aufklärung über einige Missverständnisse.

Reichardt (Oberhessen). Ueber „Alte und neue Aufgaben der christlichen Gewerkschaften“ sprach Kollege Voigt aus Dresden in unserer Mitgliederversammlung vom 25. März. Aus seinen Darlegungen war zu entnehmen, daß die Sicherung und Festigung des bisher Erreichten auf gewerkschaftlichem Gebiet der Aufbietung vieler Kräfte bedarf. Auch der Kriegszeit würde die deutsche Arbeiterchaft völlig neuen Verhältnissen gegenüberstehen. Die Zusammenlegung finanzieller und wirtschaftlicher Kräfte im Unternehmerlager lehre die Arbeiter, das Gleiche zu tun. Nichts könne für sie verhängnisvoller werden, als abnehmendes Interesse an der Organisationsarbeit. Der Uebergang von der Kriegs- in die Friedenswirtschaft würde schwierige Aufgaben in großer Zahl bringen. Die Rohstoffversorgung, die Abgabegelegenheiten, der Arbeitsmarkt dürften sich erst allmählich ordnen. Es gelte, auf der Hut zu sein, um in dieser Zeit eine Benachteiligung der Arbeitsverhältnisse nicht eintreten zu lassen. Auf staatsbürgerlichem und staatspolitischem Gebiet würde die neue Zeit ebenfalls bedeutende Aufgaben stellen, deren Lösung die Lebensinteressen der Lohnarbeiter stark berührt. Auf grundsätzliche Reformen in der Lebensmittelpreiserhöhung und im Wohnungswesen müßte mit allen Kräften hingearbeitet werden, um die wünschbaren erregenen gewerkschaftlichen Erfolge den Arbeiterfamilien in ganzem Umfang nutzbar zu machen. In der Diskussion kam der Wille zum Ausdruck, durch Stärkung des Verbandes sich zu rüsten, um allen Anforderungen gewachsen zu sein. Zur Textilarbeiterfürsorge sprach Kollege Meßner. Bedauert wurde, daß die Kollegen auf den Land-

sich daher noch einmal mit einer schriftlichen Eingabe an das Rgl. Landratsamt gewendet und ersucht, für die nunmehrige Durchführung des Unterstützungsvertrages besorgt sein zu wollen. In der Begründung wird u. a. ausgeführt, daß durch die schon seit langen Monaten eingetretene und sich fortgesetzt steigende Erwerbsbeschränkung die Hilfsbedürftigkeit der Textilarbeiter im höchsten Maße hervortrete. Während für die Neustädter die Fürsorge längst im Gange sei, hätten die im Landkreis wohnenden, unter der gleichen Erwerbsnot leidenden Textilarbeiter bisher auf die Unterstützung verzichten müssen. Unter den Beteiligten erzeuge das umso mehr Befremden, als die Aufwendungen beim Zurücklegen stundenlanger Wege bis zur Arbeitsstätte heute bei bedeutend verringertem Einkommen verhältnismäßig viel größer seien als sonst. Zum Schluß wird der Zuversicht Ausdruck gegeben, daß die kommende Unterstützung rückwirkende Kraft bis zum 1. Januar haben werde.

Ehren-Tafel.



Es starben den Heldentod fürs Vaterland

- Victor Veldmann aus Borghorst.
- Johann Kremer aus Wickrath.
- Peter Ritter aus Neuss.
- Mathias Heffels aus M.-Gladbach-Windberg.
- Max Ebersbach aus Falkenstein.

Wir wollen ihr Andenken in Ehren halten.
Den Familien der Gefallenen unser inniges Beileid.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:

- Peter Schumacher aus Aachen.
- Berta Hilbrich aus Forst.
- Heinrich Westensee aus Schiffbek.
- Joseph Steinbeck aus Aachen-B.
- Christine Peterkes aus Hüls.
- Bernhard Eckers aus Rhede.
- Heinrich Helmer aus Borghorst.
- Heinrich Wachter aus Reichenbach.
- Maria Etterien aus Lautenbach-Zell.
- Franz Dinsch aus Greiz i. Vgtld.
- Arnold Dieden aus Eupen.

Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Flugschriften zur Volksernährung. Herausgegeben von der Zentral-Einkaufsgesellschaft m. b. H. Verlag der Zentral-Einkaufsgesellschaft m. b. H., Berlin W. 8, Behrenstraße 21.

- Heft 17. Gartenbaukalender, ein täglicher Berater für alle im Gemüsegarten vorzunehmenden Arbeiten von Jakob Haaf.
- Heft 18. Reiche Kartoffelernten, praktische Ratsschläge für Schreber- und Kleingärtner, unter Mitwirkung von Sachverständigen herausgegeben von Logus.
- Heft 19. Die Kleintierzucht von Tierzuchtinspektor H. Lopp, Münster i. Westf.
- Heft 20. Der Gemüsebau im Kleingarten von Königl. Gartenbauinspektor R. Weinhäuser, Dahlem.

Diese, sowie die früher schon erschienenen Flugschriften, Heft 1—17, die hauptsächlich Fragen der Volksernährung behandeln und den Zweck haben, der Hausfrau allerhand Ratsschläge und praktische Winke für die Kriegszeit zu erteilen, können von unseren Ortsgruppen in jeder beliebigen Anzahl zwecks Verteilung an die Mitglieder kostenlos von der Zentral-Einkaufsgesellschaft bezogen werden.

Versammlungskalender.

Krefeld. 16. April, 11 Uhr, im Lokale „Reichshalle“.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Preisregulierung und Verteilung der Lebensmittel. — Zur Erwerbslosenfürsorge. — **Genilleton:** Die Mütter. — Momentbilder aus Frankreich. — **Allgemein:** Reichshaus. — Kriegstagung des Verbandes evangelischer Arbeiterinnenvereine Deutschlands. — Wirtschaftsleben und Gewerkschaftsbewegung. — Del-Erasmittel. — Seifenschwindel. — Der Umfang der Kartoffelproduktion. — **Aus unserer Industrie:** Schutzpolbestrebungen in der schweizerischen Textilindustrie. — Die Regelung der Preise für Web-, Wirk- und Strickwaren. — Seidenbau in Deutschland. — **Aus dem Verbandsgebiete:** Zur gest. Beachtung für die Ortsgruppenvorstände. — Berichte aus den Ortsgruppen: Burgwaldnietel. — Eilenburg. — Sudenwalde. — Reichardt (Oberhessen). — Ehren- und Sterbetafel. — Literarisches. — Versammlungskalender.

Verantwortlich für die Schriftleitung J. G. Franz Kijer, Düsseldorf, Konradstraße Nr. 7.